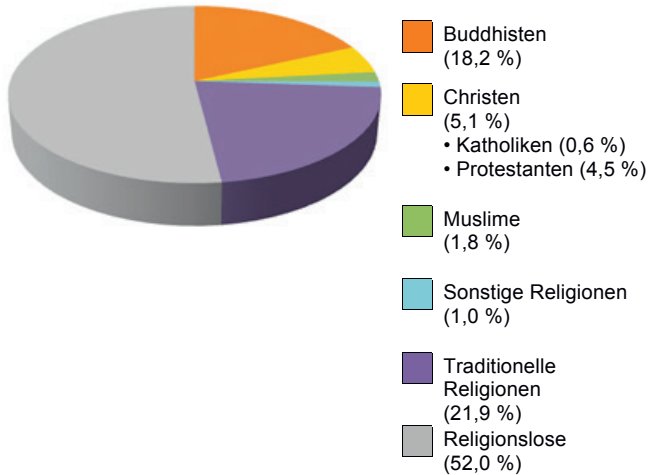


CHINA



Einwohner:	Fläche:	Flüchtlinge (int.):*	Flüchtlinge (ext.):**:	Binnenflüchtlinge:
1.347.565.000	9.597.000 km ²	301.068	191.069	–
* Ausländische Flüchtlinge in diesem Land		** Ins Ausland geflohene Bürger dieses Landes		

Einführung und Hintergrund

Die Chinesische Volksrepublik wurde am 1. Oktober 1949 gegründet. Obwohl es verschiedene andere kleine Parteien im Parlament gibt, hat die Kommunistische Partei gemäß der Verfassung ein Monopol auf die gesetzgebende, rechtliche, exekutive und militärische Macht. Theoretisch garantiert die Verfassung Religionsfreiheit, doch aus der absoluten Macht der *Kommunistischen Partei Chinas* (KPCh) ergibt sich als Konsequenz, dass die Religionen sich an die politischen Richtlinien der Partei halten müssen. Es gibt keine Gesetze, die religiöse Aktivitäten regeln, sondern diese werden stattdessen durch Dekrete und Verordnungen kontrolliert, deren aktuellste Version aus dem Jahr 2005 stammt. Sie verdeutlichen die charakteristische Art und Weise, wie die KPCh die Religionen reguliert: 1. Nur fünf Religionen sind offiziell anerkannt, nämlich der Buddhismus, der Daoismus, der Islam und das protestantische Bünde und katholische Christentum. Andere Religionen, darunter auch das Judentum und das orthodoxe Christentum, gelten als illegal. 2. Das Recht auf Religionsausübung liegt nicht beim Einzelnen, sondern wird vom Staat verliehen und darf nur durch registriertes Personal ausgeübt werden, und zwar ausschließlich an Orten, die vom *Staatlichen Amt für Religiöse Angelegenheiten* (SARA) registriert worden sind. Jegliche Religionsausübung jenseits dieser Beschränkungen wird als kriminell angesehen. In der Praxis hat jede Religionsgruppe in China ihre „offizielle“ und ihre „inoffizielle“ Seite. 3. Die Regierung beansprucht für sich das Recht, die Beziehungen zwischen den Anhängern einer Religion in China und denen im Ausland zu kontrollieren; gleichzeitig verpflichtet sie die Anhänger dazu, die Prinzipien der „Selbstbestimmung“ und „Unabhängigkeit“ gegenüber den internationalen religiösen Amtsträgern ihrer Religion zu beachten. Das gilt zum Bei-

spiel für die tibetischen Buddhisten und ihre Beziehung zum Dalai-Lama und für die Katholiken und ihre Beziehung zum Papst.

Um zu gewährleisten, dass die diversen Religionen sich an die politischen Richtlinien der KPCh halten („im Namen des Volkes“), wird jede offizielle Religionsgruppe von einer „patriotischen Vereinigung“ reguliert. Theoretisch ist die Mitgliedschaft in der patriotischen Vereinigung freiwillig, doch in der Praxis wird jeder, der die Mitgliedschaft verweigert, als illegal betrachtet.

Religiöse Aktivitäten (Andachten bzw. Gottesdienste, Bildung, gemeinnützige und soziale Arbeit) sind im Rahmen der registrierten Strukturen erlaubt. Alle Publikationen müssen jedoch vom SARA bewilligt werden und dürfen außerhalb der offiziell genehmigten Gebäude nicht verbreitet werden. Fernseh- und Radiostationen – die alle staatlich kontrolliert sind – zeigen ausschließlich die formellen zeremoniellen Ansprachen der Oberhäupter der Religionen bei festlichen Gelegenheiten (zum Beispiel am 1. Oktober, dem chinesischen Nationalfeiertag, und am chinesischen Neujahrstag).

Katholiken

Für die katholische Gemeinschaft in China war der Beobachtungszeitraum geprägt von Festnahmen, Inhaftierungen, der Zerstörung von Kirchen, Verboten religiöser Aktivitäten und unzulässigen Bischofsweihen (durch die chinesische Regierung). Die Wahl von Papst Franziskus und – fast zeitgleich – der Machtantritt von Präsident Xi Jinping, der als gemäßigt gilt, weckte Hoffnungen auf eine Änderung des Klimas in Bezug auf die Religionsfreiheit. Es gab selbst von Persönlichkeiten aus der Regierung Zustimmungsbekundungen zu Papst Franziskus und dem neuen Staatssekretär des Vatikans. Doch in der Praxis hat sich an der Situation nichts geändert.

Festnahmen und Inhaftierungen

Anfang 2013 schöpften viele Katholiken Hoffnung angesichts der Ankündigung, dass die „Reform durch Arbeit“ (*laogai*) – ein System von Arbeitslagern mit Zwangsarbeit und politischer „Umerziehung“ – abgeschafft und das Strafgesetz reformiert würde, sodass die Polizei niemanden mehr länger als sechs Monate ohne Anklage inhaftieren kann. Sie hofften, dass ihre Bischöfe und Priester, die ohne jegliche Anklage verhaftet worden waren, freigelassen würden. Zu diesen Männern gehört „Untergrund“-Bischof Su Zhimin (80), der vor 15 Jahren in Polizeigewahrsam genommen wurde und dessen

Verbleib unbekannt ist; Bischof Cosmas Shi Enxiang (90), der „Untergrund“-Bischof von Yixian, der seit 2001 ohne Gerichtsverfahren festgehalten wird; Pater Joseph Lu Genjun, Generalvikar der „Untergrund“-Diözese Baoding (Provinz Hebei), der seit dem 17. Februar 2006 in Polizeigewahrsam ist, und Dutzende weiterer Priester der nicht offiziellen katholischen Gemeinden. Bislang gibt es jedoch keinerlei Hinweise, was aus ihnen geworden ist.

Zerstörte Kirchen

Am 14. September 2012 wurde die kleine Kirche im Dorf Caibang (bei Xiantao in der Provinz Hubei) niedergebrannt. Örtlichen Katholiken zufolge wurde sie vorsätzlich in Brand gesetzt. Diese kleine Kapelle war 1993 an derselben Stelle errichtet worden, wo die vorhergehende Kirche gestanden hatte, die 1954, in der maoistischen Ära, ebenfalls zerstört worden war. Einigen Gläubigen zufolge wurde die Kirche in der Absicht abgebrannt, sich das Land anzueignen. Die Regierung hat kein Interesse daran gezeigt, die Täter ausfindig zu machen.¹

Einmischung der Behörden

Die Regierung in Wuhan hat, durch die Blockierung der Ernennung neuer Gemeindepriester und die Suspendierung von Pater Shen Guo'an, dem Administrator der Diözese, rigoros in das Leben der Kirche von Hubei eingegriffen. Ende November 2012 hatte Pater Shen Guo'an die Versetzungen einiger Priester angekündigt. Nur wenige Tage darauf informierten ihn Vertreter des SARA, dass die Versetzungen illegal seien, und am 13. Dezember wurde Pater Shen Guo'an selbst aus seinem Amt entlassen. An seiner Stelle setzte das Ministerium ein Komitee zur Organisation der Kirche ein. 2011 hatte die Regierung Pater Shen Guo'an zum Bischof von Wuhan ernannt, doch ohne Erlaubnis des Heiligen Stuhls. Die örtlichen Priester und Pater Shen selbst hatten sich geweigert, ihre Zustimmung zur rechtswidrigen Ordination zu geben. Inzwischen hat die Regierung einen anderen Priester, Pater Cui Qingqi, zum Leiter des Komitees ernannt, vielleicht mit der Absicht, ihn zum Bischof zu machen.²

¹ www.asianews.it/news-en/Hubei,-a-church-burned.-Catholics-call-for-justice-25851.html

² www.asianews.it/news-en/Wuhan-Government-gravely-interferes-in-fate-of-priests-and-future-bishop-26688.html

Am 24. Mai 2013, dem Fest Unserer Lieben Frau von Sheshan, belegte die Regierung die Katholiken aller Diözesen³ mit Ausnahme der Diözese Shanghai erneut mit dem Verbot, an der jährlichen Pilgerreise zum Marienheiligtum teilzunehmen. Dieses Verbot gilt seit 2008, als Papst Benedikt XVI. den 24. Mai als Weltgebetstag für die Kirche in China proklamierte. Am 26. Mai 2013 umzingelte die Polizei das Dorf Donglu, das unter Katholiken für eine Erscheinung Mariens zu Beginn des 20. Jahrhunderts bekannt ist. Auf diese Weise sollten Pilger daran gehindert werden, sich bei einer Pilgerreise zu Ehren der Jungfrau Maria am Schrein zu versammeln.

Vom 7. bis zum 28. Oktober 2012 trat im Vatikan die Synode zur Neuevangelisierung zusammen. Papst Benedikt XVI. hatte Bischof Lukas Li Jinfeng aus Fengxiang und Bischof Aloysius Jin Luxian aus Shanghai zur Teilnahme eingeladen. Die chinesische Regierung verweigerte ihnen jedoch die Genehmigung, das Land zu verlassen. Der Bischof von Fengxiang ist der einzige chinesische Bischof, der nicht der patriotischen Vereinigung angehört und dennoch von der Regierung anerkannt wird.

Bischofsordinationen

Unmittelbar nach seiner Ordination zum Bischof in der katholischen Kathedrale von Shanghai am 7. Juli 2012 wurde Thaddeus Ma Daqin verhaftet und unter polizeiliche Überwachung gestellt. Es herrschte Uneinigkeit zwischen dem Vatikan, der ihn zum Weihbischof von Shanghai ernannt hatte, und der Regierung, die ihn zum Bischofskoadjutor der Diözese bestimmen wollte. Doch die Behörden gingen erst am Tag seiner Bischofsordination gegen ihn vor, als er ankündigte, dass er aus der *Chinesischen Patriotischen Vereinigung* (CPA) austreten werde. Er zitierte Papst Benedikt XVI., der gesagt hatte, die Prinzipien der CPA seien „unvereinbar mit der Katholischen Lehre“. Kirchenquellen zufolge vermied er während der Ordinationszeremonie die Handauflegung und das Teilen des Kelches mit Bischof Zhan Silu aus Mindong, dem unrechtmäßig ordinierten Bischof, der vom Heiligen Stuhl exkommuniziert worden war. Nur Stunden nach der Zeremonie wurde Bischof Ma im Diözesanseminar unter Hausarrest gestellt. Die chinesischen Behörden haben ihm untersagt, die Messe gemeinsam mit anderen Priestern zu zelebrieren.

Am 12. Oktober 2012 enthoben der *Rat der chinesischen Bischöfe* und die *Patriotische Vereinigung* Bischof Thaddeus Ma Daqin seines Amtes als Bischofskoadjutor von Shanghai und entbanden ihn von all seinen Bischofspflichten. Der Vatikan beschrieb

³ www.asianews.it/news-en/Bishop-Ma-Daqin-and-Chinese-Catholics-pray-for-the-unity-of-the-Church-in-China-28012.html

diese Aktion als „tyrannisch“ und als Amtsmissbrauch, denn allein der Papst „hat die Macht, einen Bischof zu ernennen oder abzusetzen.“

Am 6. Juli wurde Pater Joseph Yue Fusheng ohne päpstliche Autorisierung zum Bischof von Harbin „ernannt“. Der Vatikan hatte diesbezüglich eine offizielle Warnung herausgegeben. Mindestens zwei weitere offizielle Bischöfe, die von der Partei aufgefordert worden waren, an der unrechtmäßigen Ordination in Harbin teilzunehmen, verweigerten dies und fanden einen Weg, fernzubleiben. Am 10. Juli verkündete der Heilige Stuhl in einer offiziellen Mitteilung zur unrechtmäßigen Ordination von Yue Fusheng, dass der Vatikan „ihn als Bischof der apostolischen Verwaltung von Harbin nicht anerkennt“.

Tod eines prominenten Bischofs

Bischof Joseph Fan Zhongliang aus Shanghai, der wegen seines Glaubens Jahrzehnte in Haft verbrachte, starb am 16. März 2014 im Alter von 97 Jahren. Den Angaben der *Kardinal-Kung-Stiftung* zufolge starb der Bischof „umgeben von einigen seiner treuen Gemeindemitglieder. Er starb zu Hause, immer noch unter Hausarrest, ein Urteil, das strikte Überwachung durch die Regierung für den größten Teil der vergangenen zwanzig Jahre nach sich zog“, erklärte die Stiftung, die sich der Unterstützung der Kirche in China verschrieben hat. Papst Johannes Paul II. ernannte Bischof Fan im März 2000 nach dem Tod von Kardinal Kung zum legitimen Bischof von Shanghai. Die chinesischen Funktionäre stellten ihn jedoch sofort unter Arrest. Er verbrachte den Rest seines Lebens als Gefangener und die Regierung erkannte ihn nie als Bischof an.⁴

Protestanten

Seit mehreren Jahren gibt es eine laufende Kampagne, um inoffizielle protestantische Gemeinschaften zu eliminieren oder aber dazu zu bringen, sich in die offiziellen Gemeinschaften zu integrieren. Letztere sind aus Sicht der normalen Gläubigen jedoch politisch zu sehr durch die herrschende Macht beeinflusst.

Nach Schätzungen des *PEW-Forschungszentrums* aus dem Jahr 2010 gibt es etwa 58 Millionen protestantische Christen in China. Von diesen gehören die meisten zu den „Inoffiziellen“ und sind nicht Mitglied einer von der Regierung genehmigten Kirche.

⁴ <http://www.catholicnewsagency.com/news/underground-chinese-bishop-in-shanghai-dies-at-97/>

Fenggang Yang, Professor für Soziologie an der US-amerikanischen Purdue University, schätzt, dass dieser Teil der Bevölkerung bis 2025 wahrscheinlich auf 160 Millionen anwachsen und China dann die größte protestantische Gemeinschaft der Welt haben wird. Yang fährt fort, dass Chinas gesamte christliche Bevölkerung, einschließlich der Katholiken, im Jahr 2030 über 247 Millionen Anhänger umfassen und sich somit zur größten Christengemeinschaft der Welt entwickeln wird.

Der US-amerikanischen *China Aid Association* (CAA) zufolge nimmt die Christenverfolgung in China weiterhin zu, wobei Hausgemeinden und städtische Kirchen zu den Hauptzielen gehören. Der Jahresbericht der CAA gelangte zu dem Schluss, dass die Verfolgung von 2012 bis 2013 „sich erheblich verschlimmert hat“. Die gemeinnützige Organisation berichtete von vergleichbaren Ergebnissen im Jahr 2012 und bemerkte, es sei im siebten Jahr hintereinander ein Anstieg der staatlichen Verfolgung zu verzeichnen. CAA gab an, 2013 seien 143 Fälle dokumentiert worden, bei denen insgesamt 7.424 Personen verfolgt worden waren.⁵

Im Dezember 2013 verabschiedete das chinesische Parlament eine offizielle Resolution, die das umstrittene System der Arbeitslager abschaffte, das unter anderem auch gegen Christen angewandt wurde. Nach Angaben von *Human Rights Watch* gab es Anfang 2013 260 Arbeitslager mit 160.000 Häftlingen in China. Es ist jedoch nicht bekannt, wie viele dieser Insassen Christen sind. Zusätzlich lockerte das Parlament nach Angaben der Nachrichtenagentur Xinhua auch die Ein-Kind-Politik des Landes. Nach den neuen politischen Richtlinien in Bezug auf Vorschriften zur Geburtenkontrolle dürfen Paare zwei Kinder haben, wenn ein Elternteil ein Einzelkind ist.

Die Furcht vor einem harten Vorgehen der Behörden gegen die Christen wuchs, als im April 2014 in Wenzhou die *Sanjiang-Kirche* auf Anweisung der lokalen Behörden abgerissen wurde. Die Kirche war ursprünglich ein staatlich genehmigtes Projekt der offiziellen patriotischen „Drei-Selbst-Bewegung“, eine staatlich sanktionierte, protestantische Kirche, und noch im September 2012 wurde sie von der lokalen Regierung als vorbildliches bautechnisches Projekt gelobt. Doch die offizielle Rhetorik hat sich seitdem völlig umgekehrt. Jin Leibo, ein Sprecher der Propaganda-Abteilung des Kreises Yongjia, stellte fest, die Kirche werde abgerissen, da sie „illegal“ sei. „Der Baubereich sollte innerhalb 1.881 Quadratmetern liegen, aber sie haben illegal auf 7.928 Quadratmetern gebaut“, sagte Jin. Die Kirchengemeinde wurde gebeten, dies bis zum 22. April „selbst zu korrigieren“, doch die Arbeiter konnten nach offiziellen Angaben bis zum Ablauf der gesetzten Frist nur 500 Quadratmeter niederreißen. Am Abend des 28. August war die Kirche von Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht worden.

⁵ Christian Post online, 14. Februar 2014, www.christianpost.com

Gegen fünf lokale Regierungsfunktionäre wird Jin zufolge derzeit im Zusammenhang mit dem illegalen Bau der Kirche ermittelt.⁶

Im Mai 2014 veröffentlichte *AsiaNews* eine Übersicht von 64 Fotos mit Namen und Daten zerstörter Kirchen (und/oder der Beseitigung von Kreuzen) in Zhejiang, die seit Anfang des Jahres ins Internet gestellt worden waren. Der Artikel erklärt, es gebe „Anzeichen, dass die Behörden Ende Mai beginnen werden, Hauskirchen gesetzlich zu verbieten, die von Christen genutzt werden, die nicht den staatlichen Einrichtungen beitreten wollen. Einige Quellen geben an, dass die Regierung mit 85 Kirchen beginnen wird.“⁷

Orthodoxe

Obwohl sie seit dem 9. Jahrhundert in China präsent ist und mehrere Tausend Gläubige hat, wurde die Orthodoxe Kirche von der Regierung immer noch nicht als „offizielle Religion“ anerkannt. Die orthodoxe Gemeinschaft – etwa 15.000 Gläubige – konzentriert sich sehr stark in Harbin, hat aber auch Gemeinden in Beijing und Shanghai. Es mangelt ihr jedoch an lokalen Priestern und sie ist nicht in der Lage, regelmäßige Gottesdienste zu organisieren. Eine Ausnahme sind die Gottesdienste in der russischen Botschaft in Beijing.

Buddhisten

Im Allgemeinen sind Buddhisten keinen besonderen Verletzungen ihrer Religionsfreiheit ausgesetzt, im Gegenteil: Manche kommunistischen Führer würden den Buddhismus und den Konfuzianismus gern als „Religionen chinesischer Prägung“ herausheben, um Werte in der Gesellschaft wiederherzustellen und die Korruption einzudämmen.

Tibet ist ein Ort besonders schwerer religiöser Verfolgung und tibetische Buddhisten sind die Hauptopfer. Die chinesische Kolonisierung und Militarisierung Tibets führt zu einer Marginalisierung der tibetischen Bevölkerung – die inzwischen eine Minderheit ist –, und zwar in einem Ausmaß, die einige als kulturellen und religiösen Genozid bezeichnen. Es ist verboten, die tibetische Sprache zu lehren. In der Vergangenheit führte Beijing einen Dialog mit der tibetischen Exilregierung, doch die Beziehungen sind vollständig abgekühlt. Beijing erlaubt noch nicht einmal, dass der Dalai-Lama,

⁶ <http://edition.cnn.com/2014/05/01/world/asia/china-church-demolished/>

⁷ *AsiaNews*, 21. Mai 2014, <http://www.asianews.it>

das geistliche Oberhaupt der Tibeter, nach Tibet zurückkehrt, obwohl dieser öffentlich jeglicher politischen Funktion entsagt hat und nur noch eine geistliche Rolle ausüben will. Die Verunglimpfungskampagnen gegen den Dalai-Lama werden nach wie vor fortgesetzt, ebenso wie die Verhaftungen und Gewalttaten gegen jeden, der seine Rückkehr verlangt. Diese Situation hat eine Reihe von Selbstverbrennungsprotesten ausgelöst, zumeist von buddhistischen Mönchen. Die Zahl dieser Selbstverbrennungen ist seit 2009 deutlich angestiegen. Bisher gab es 124 solcher Vorfälle. Die chinesische Regierung hat Gesetze gegen diese und andere Formen des Protests erlassen und ging sogar so weit, Selbstverbrennungen „unter Androhung einer fünfjährigen Haftstrafe“ zu verbieten. Beijing beschuldigt überdies den geistlichen Führer der Tibeter, zu solchen Selbstmorden aufzuhetzen, obwohl der Dalai-Lama seine Anhänger bei zahlreichen Gelegenheiten dazu aufgerufen hat, „vor allem das Leben zu schützen“.

Am 16. August 2012 töteten chinesische Sicherheitskräfte einen Tibeter und verhafteten sechs weitere bei dem Versuch, eine Demonstration von etwa 1.000 Menschen niederzuschlagen, die gegen die Wiederaufnahme der Arbeiten zum Abbau von Erz aus einer Mine im Kreis Markham gerichtet war. Die lokalen Tibeter beschuldigten die Firma, den heiligen Charakter des Ortes zu missachten und den ökologischen Schaden der Minenarbeiten zu ignorieren.

Am 8. Februar 2013 verurteilte der Volksgerichtshof der Provinz Qinghai einen Tibeter zu 13 Jahren Haft, weil er einen buddhistischen Mönch dazu „angestiftet“ habe, sich selbst zu verbrennen. Dieser Mann, nur als Phagpa bekannt, wurde des „vorsätzlichen Mordes“ für schuldig befunden, obwohl der betreffende Mönch die Selbstverbrennung gar nicht ausführte.

Lobsang Namgyal, ein 26 Jahre alter tibetischer Dichter, verschwand am 15. Mai 2012. 16 Monate später, im September 2013, erfuhr seine Familie, dass er im Gefängnis⁸ sei, weil er Reden des Dalai-Lama, die in ganz China verboten sind, und weitere „politische Erklärungen“ zugunsten der Unabhängigkeit Tibets verteilt habe. Seine Familie erhielt nicht die Erlaubnis, ihn zu besuchen.

Muslime

Abgesehen vom offiziellen Islam, der in verschiedenen Regionen Chinas präsent ist, gibt es in Xinjiang eine Form des Islam, der auf die Uiguren zurückgeht. Die Uiguren sind ein Turkvolk, das separatistische Hoffnungen hegt und – angesichts ihrer Nähe zu

⁸ www.asianews.it/news-en/Missing-for-16-months,-Tibetan-poet-reappears-in-prison-29115.html

Afghanistan, Pakistan und den zentralasiatischen Republiken – empfänglich für fundamentalistische islamische Einflüsse ist.

Beijing hat Hunderttausende ethnischer Han-Chinesen in der Region angesiedelt, um sie zur dominanten ethnischen Gruppe zu machen. Unter dem Schutz der Zentralregierung haben Han-Chinesen inzwischen in fast jedem Bereich Führungspositionen besetzt. In dem Bestreben, die Uiguren zu unterwerfen, schränkt die Regierung die Religionsfreiheit, die Ausübung der muslimischen Religion, das Lehren der lokalen uigurischen Sprache und Kultur durch strenge Restriktionen ein.

Am 26. März verurteilten die Gerichtshöfe in Kashgar und Bayingol 20 Uiguren zu langen Gefängnisstrafen (bis lebenslänglich) unter der Anklage, sie seien „durch religiösen Extremismus vergiftet“.

Am 23. und 24. April 2013 kam es in Selibuya bei Kashgar (Xinjiang) zu einem gewaltsamen Konflikt zwischen uigurischen Zivilisten und han-chinesischen Polizisten, bei dem mindestens 21 Personen ums Leben kamen – 15 Han-Chinesen und sechs mutmaßliche uigurische Terroristen.

Am 20. August 2013 umzingelte eine Gruppe Polizeibeamter der Anti-Terror-Einheit in der Präfektur Kashgar in der Nähe der Stadt Yilkiqi mindestens 28 Uiguren. Den Behörden zufolge waren diese mit „illegalen religiösen Aktivitäten und terroristischen Übungspraktiken“ befasst. Nachdem sie die Männer eingekreist hatten, eröffneten sie das Feuer. Berichten zufolge wurden 15 Uiguren und auch ein han-chinesischer Polizist getötet.⁹

Sekten

Mitte Dezember 2012 verhaftete die chinesische Polizei fast 1.000 Personen, die alle der Sekte „Allmächtiger Gott“ (auch als „Östlicher Blitz“ bekannt) angehörten. Diese wurde als „üble Sekte“ klassifiziert, weil sie apokalyptische Vorstellungen über das Ende der Welt propagiert und vor allem weil sie das Ende des chinesischen Kommunismus vorhersagt und ihre Anhänger auffordert, dem „Roten Drachen“ die Kehle durchzuschneiden. Mindestens 350 Mitglieder dieser Sekte wurden in Guizhou, weitere 400 in Qinghai und kleinere Gruppen in anderen Teilen des Landes verhaftet.

⁹ www.asianews.it/news-en/Xinjiang,-more-violence:-15-Uyghurs-killed-by-police-for-terrorism-28834.html

Schlussfolgerungen

Die Situation der Religionsfreiheit in China hat sich zum Schlechteren gewendet. Während im Allgemeinen die offiziell vom Staat festgesetzte Kontrolle ausgeübt wird, ist es zugleich offensichtlich, dass Katholiken noch stärker kontrolliert werden, und zwar selbst die Mitglieder und Gemeinden der offiziellen, staatlich kontrollierten Kirche. Was Protestanten betrifft, so haben die Bemühungen zugenommen, die inoffiziellen Gemeinschaften zu zerschlagen. Die gewaltsame Unterdrückung der tibetischen Buddhisten geht weiter; dasselbe gilt für die uigurischen Muslime und evangelikale Sekten.

Die Versprechungen der neuen Regierung von Xi Jinping, das Laojiao-System der Um-erziehung durch Arbeit (und damit die Inhaftierung von Gläubigen ohne jegliches Gerichtsverfahren) abzuschaffen, wurden in der Praxis noch nicht umgesetzt – trotz der neuen Vorschriften, die offiziell in Kraft getreten sind. Auch die Versprechungen, den Status der Juden und der orthodoxen Christen zu prüfen und sie in die Gruppe der staatlich anerkannten Religionen aufzunehmen, sind noch nicht eingelöst.

Hongkong

Der Zeitraum von 2012 bis 2014 war für Katholiken und andere Christen in Hongkong bedeutsam, da sie sich gezwungenermaßen mit der Einmischung der kommunistischen Volksrepublik in die gesellschaftlichen, Bildungs- und politischen Angelegenheiten der Sonderverwaltungszone auseinandersetzen mussten.

1997 fiel das Gebiet von Hongkong an Festlandchina zurück, während ihm gleichzeitig „ein gewisser Grad an Autonomie“ garantiert wurde, entsprechend der Formel „ein Land, zwei Systeme“. In der Praxis übt China jedoch weiterhin Einfluss auf das Leben im Gebiet aus und blockiert jegliche politische Entwicklung in Richtung Demokratie, ungeachtet der Tatsache, dass dies entsprechend den Verträgen zwischen London und Beijing zur Zeit der Rückgabe Hongkongs an das Mutterland so vorgesehen war.

„Patriotische“ Erziehung

Die eklatanteste Einmischung waren die bildungspolitischen Änderungen, die von der Regierung schon 2002 eingeführt wurden. Diese Änderungen sind darauf ausgerichtet, die Kontrolle der sogenannten „Trägereinrichtungen“ – Bildungsinstitutionen wie religiöse Institute, Klostersgemeinschaften, Diözesen, katholische Laienvereinigun-

gen – einem sogenannten „Organisationsausschuss“ (*School Management Committee*; SMC) zu übertragen. Dieser besteht aus Vertretern der Eltern, Schüler und des Lehrpersonals und schließt auch einen von der Regierung ausgewählten Vertreter der „Zivilgesellschaft“ mit ein. Nach Angaben der Oberhäupter christlicher Gemeinschaften (Katholiken, Anglikaner und Methodisten) unterminiert diese Maßnahme ihr zugrunde liegendes Bildungsethos oder zerstört es sogar, indem sie die neuen Ausschüsse den Trägereinrichtungen überordnet. Viele Jahre gab es Widerstand gegen diese Maßnahme; die katholische Diözese Hongkong brachte die Regierung sogar vor Gericht mit der Anklage, sie handle verfassungswidrig bzw. nicht in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz Hongkongs. Am Ende siegten die chinesischen Behörden jedoch in allen Anklagepunkten und seit 2012 sind alle Schulen in Hongkong dazu verpflichtet, sich an dieses neue Organisationssystem zu halten.¹⁰

Als Protest gegen die Entscheidung des letztinstanzlichen Berufungsgerichts trat Kardinal Joseph Zen Ze-kun, emeritierter Bischof von Hongkong, in einen dreitägigen Hungerstreik, der vom 20. bis zum 22. Oktober 2011 dauerte. Gleichzeitig starteten mehrere Regierungszeitungen und Fernsehsender eine Diffamierungskampagne gegen ihn und beschuldigten ihn, er habe Spenden (in Höhe von umgerechnet etwa zwei Millionen Euro) vom katholischen Magnaten Jimmy Lai angenommen, wobei impliziert wurde, er habe die Gelder für seine eigenen Zwecke und zur Unterstützung der *Demokratischen Partei Hongkong*, der politischen Opposition (die gegen Beijing eingestellt ist), verwendet.¹¹ In einer öffentlichen Pressekonferenz wies der Kardinal darauf hin, dass er das Geld für die Kirche in China – sowohl die „offizielle“ als auch die „Untergrundkirche“ –, für die Übersetzung theologischer Texte ins Chinesische und für Stipendien junger Chinesen, die im Ausland studierten, genutzt habe.¹²

Das Jahr 2012 sah eine weitere Machtprobe, die sich erneut auf staatlich auferlegte „Reformen“ im Bildungswesen bezog, in diesem Fall auf die Zwangseinführung mehrerer Wochenstunden „nationaler (oder ‚patriotischer‘) Erziehung“. Gemäß dieser Verfügung sollen Schulen Unterricht über die großen Errungenschaften der chinesischen Geschichte erteilen – die der *Kommunistischen Partei* in Beijing zugeschrieben werden müssen. Viel Raum muss auch der wirtschaftlichen Entwicklung des „Mutterlandes“ zugestanden werden. Gleichzeitig ist es verboten, Themen wie Menschenrechte, das Tianan’men-Massaker, Religionsfreiheit oder die umstrittene und durch Gewalt geprägte Geschichte der *Chinesischen Kommunistischen Partei* anzusprechen. Die Katholiken, allen voran Kardinal Zen, verurteilten das Programm umgehend als Ver-

¹⁰ www.AsiaNews.it, 14.10.2011. Zu allen Phasen im Einzelnen www.AsiaNews.it, 25.10.2011.

¹¹ www.AsiaNews.it, 19.10.2011.

¹² www.AsiaNews.it, 20.10.2011.

such der Gehirnwäsche. In Hongkong durchgeführten Umfragen zufolge waren mindestens 74 % der Schüler gegen die Einführung dieses Unterrichtsfachs.

Im September 2012, zur Zeit als die Regierung versuchte, ihr Programm der „patriotischen Erziehung“ auf Basis einer dreijährigen Probephase einzuführen, begannen 200 Schüler einen Hungerstreik.¹³ Es gab zudem auch Demonstrationen von etwa 120.000 Menschen, die die Streichung des Programms forderten.¹⁴ Am Ende entschied die Regierung, es zumindest momentan zurückzustellen.¹⁵

Demokratie

Ein weiterer Bereich, in dem es zu einer erbitterten Konfrontation zwischen Katholiken und der Regierung in Hongkong (und Beijing) kam, ist die Frage der Demokratie. Der Vertrag zwischen Großbritannien und China, der geschlossen wurde, als Hongkong an Festlandchina zurückfiel, sah vor, dass ab dem Jahr 2008 das allgemeine Wahlrecht für die Regierung und das Parlament eingeführt werden sollte. Dies geschah jedoch nicht. Beijing entschied stattdessen, dass es bis 2017 keine Diskussion über das allgemeine Wahlrecht geben wird. Die Unsicherheit in Bezug auf die Zukunft der Demokratie im Gebiet treibt jedes Jahr Hunderttausende dazu, am Vortag des 3. Juni (im Gedenken an das Massaker auf dem Tianan'men-Platz) und am 1. Juli (dem Jahrestag der Rückgabe Hongkongs an China) zu demonstrieren. Im Jahr 2013 setzten Gruppen junger Leute ihre Proteste monatelang fort, mit einem Sit-in-Protest im Stadtzentrum und unter dem Slogan „Occupy Central“.

Die Regierung griff sogar auf die Drohung zurück, die Protestierenden zwangsweise zu entfernen. In der Zwischenzeit ist die Katholische Diözese Hongkong weiterhin für ihre Forderungen eingetreten, die Regierung möge zügig Beratungen zum Thema Demokratie in die Wege leiten. Gleichzeitig warnte sie vor exzessiven Verzögerungen, die, wie sie sagte, verständlicherweise zivilen Ungehorsam hervorrufen könnten. Die Diözese veröffentlichte auch ein Dokument, in dem Demokratie als ein wichtiger Aspekt der Soziallehre der Katholischen Kirche verteidigt wird.¹⁶ Eine Reihe von Artikeln in den Medien, vor allem in Beijing nahestehenden Quellen, waren bestrebt, diese Erklärung der Diözese als eine „Ein-Mann-Intervention“ Kardinal Zens abzutun, der für seine feindselige Einstellung gegenüber der chinesischen Regierung bekannt ist, und sie

¹³ www.AsiaNews.it, 1.9.2012.

¹⁴ www.AsiaNews.it, 8.9.2012.

¹⁵ www.AsiaNews.it, 9.10.2012.

¹⁶ www.AsiaNews.it, 25.7.2013.

versuchten, dessen kritische Haltung der „offeneren“ Einstellung seines Nachfolgers, Kardinal John Tong, Bischof von Hongkong, gegenüberzustellen. Die Diözese antwortete mit einem weiteren Dokument, in dem erklärt wird, die Kirche in Hongkong sei „vereint in ihrer Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht“ und es sei „zwecklos, zu versuchen, sie zu spalten.“¹⁷

¹⁷ www.AsiaNews.it, 26.7.2013.